

Ärger um den Frankenschnellweg SZ 11.04.2013

Nürnberg - Beim geplanten Lückenschluss der Autobahn 73 innerhalb Nürnbergs wird eine juristische Auseinandersetzung immer wahrscheinlicher. Nach einem dreitägigen öffentlichen Erörterungstermin lehnt das „Bündnis gegen den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs“ das Projekt weiterhin ab. „Sollten die Planungen genehmigt werden, muss die Stadt Nürnberg damit rechnen, dass wir vor das Verwaltungsgericht ziehen“, sagte Bündnissprecher Markus Ganserer. Die Ausbaustrecke sei als Kreisstraße ausgewiesen. Tatsächlich entstehe aber eine Stadtautobahn ohne Ampeln und Kreuzungen. „Dafür ist ein Beschluss des Bundestages erforderlich“, sagte Ganserer. Bündnis-Anwalt Eike Schönefelder sprach von einem „Etikettenschwindel auf Kosten der Anwohner“. Der Jurist äußerte zudem weitere rechtliche Bedenken. Unterstützung bekommen die Ausbauegegner aus Erlangen und Fürth. Zwar lehnen die beiden Nürnberger Nachbarstädte den Ausbau des Frankenschnellwegs nicht grundsätzlich ab. „Wir haben aber erhebliche Bedenken, was die Verkehrsprognose angeht“, sagte Fürths Stadtbaumeister Joachim Krauß. Die Auswirkungen des Ausbaus seien nur bis zum Jahr 2020 berechnet worden. Das Großprojekt mit einer geplanten Bauzeit von mindestens sieben Jahren werde aber bis dahin noch gar nicht fertiggestellt sein. Krauß forderte deshalb eine „korrekte Ermittlung“.

DPA